

## **A1 Unsere Zukunft liegt in Europa**

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 04.01.2019

1 Bayern liegt im Herzen Europas. Seit über 70 Jahren ist der europäische  
2 Einigungsprozess Garant für Frieden und Freiheit - in ganz Europa und auch für  
3 uns in Bayern. Die EU gehört historisch zum Wertvollsten, was der Europäische  
4 Kontinent je geschaffen hat. Als - ehemalige - Grenzregion hat Bayern wie kein  
5 anderes Bundesland von den offenen Grenzen zu unseren östlichen  
6 Nachbarländern, von einheitlichen europäischen Regeln und europäischer  
7 Politik, von dem Europa ohne Schlagbäume profitiert.

8 Heute ist die Welt im Umbruch. Wir müssen Antworten geben auf die  
9 Herausforderungen von Globalisierung und Digitalisierung, Antworten auf die  
10 zunehmende Knappheit von Ressourcen und auf die Überhitzung unseres Klimas,  
11 Antworten auf humanitäre Katastrophen und Kriege. Darauf gibt es keine  
12 einfachen Antworten. Komplexe, grenzüberschreitende Herausforderungen können  
13 von Nationalstaaten alleine nicht mehr gelöst werden. Dafür brauchen wir die  
14 die Kraft des geeinten Europas. Die Europäische Union steht für Frieden,  
15 Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaat - und für die Bewahrung unserer  
16 Lebensgrundlagen.

17 Die Europawahl 2019 ist eine entscheidende Richtungswahl. Es liegt an uns, ob  
18 die Kräfte des geeinten Europas gewinnen oder die europäische Gesellschaft in  
19 Nationalismus, Rechtspopulismus und autoritäre Politik zurückfällt. Die  
20 LePens, Salvinis und Orbans polarisieren, sie setzen auf Angst, statt auf Mut.

21 Auch weite Teile der CSU-Führung sind der Versuchung der Abschottung und der  
22 nationalen Alleingänge erlegen. Mit dem Satz vom „Ende des geordneten  
23 Multilateralismus“ hatte Ministerpräsident Markus Söder im vergangenen Jahr  
24 die gesamte Nachkriegsordnung seit der Zeit Adenauers für obsolet erklärt. Ein  
25 gefährlicher Irrweg. Dies zeigt, wie fremd der CSU ein geeintes Europa ist. Die  
26 Grenzkontrollen an der bayerisch-österreichischen Grenze und die bayerische  
27 Grenzpolizei sind nicht nur überflüssig, sondern gegen die Idee der  
28 Europäischen Union gerichtet. Für die Menschen, die in den Grenzregionen  
29 leben, sind sie ein Ärgernis, die bayerische Wirtschaft nimmt Schaden, der  
30 Erfolg der bayerischen Grenzpolizei ist mickrig. Vor allem aber stellt sich die  
31 Bayerische Staatsregierung mit ihrem klaren Verstoß gegen den Geist des  
32 Schengener Abkommens offen auf die Seite der Rechtspopulisten, die als  
33 Antieuropäer in die Zeit autoritärer Nationalstaaten zurück wollen. Diese  
34 CSU-Politik ist deshalb eine Gefahr für Bayerns Zukunft in Europa.

35 Die Weiterentwicklung der Europäischen Union ist die einzige fruchtbare Antwort  
36 auf globale Herausforderungen. Nur gemeinsam können wir Klimaschutz wirksam  
37 voranbringen und gemeinwohlorientierte Regeln in einer globalisierten und  
38 digitalisierten Welt schaffen und durchsetzen. Nur ein handlungsfähiges Europa

39 kann die Macht von globalen Konzernen begrenzen und für sozialen Ausgleich  
40 innerhalb Europas sorgen.

41 Wir GRÜNE setzen uns klar und unmissverständlich für europäische Werte und  
42 europäische Regelungen ein. Wir wollen gemeinsam Lösungen finden und sie  
43 verlässlich umsetzen, Brücken bauen zu unseren Nachbarn und keine Mauern  
44 errichten.

45 Wir kämpfen für Frieden und Stabilität und für die gesellschaftlichen  
46 Errungenschaften Europas, den Austausch von Kultur, Bildung und Wirtschaft. Wir  
47 wollen die Freiheit bewahren zu reisen, zu leben und zu arbeiten, wo und wie wir  
48 wollen. Wir wollen, dass bei uns Bürger\*innen- und Menschenrechte eingehalten  
49 werden und Gleichstellung umgesetzt wird. Wir wollen, dass junge Menschen in  
50 Europa beruflich eine Perspektive haben. Und: Europa erleichtert mit dem  
51 Binnenmarkt den Export von Waren- und Dienstleistungen, das ist auch ein klares  
52 Wohlstandsversprechen.

53 Wir werden uns mit aller Kraft, mit Mut und mit Optimismus daran machen, Europa  
54 weiterzuentwickeln. Damit ein vereintes Europa auch in schwierigen Zeiten  
55 zusammenhält, wollen wir Grüne die Europäische Union sozialer, ökologischer  
56 und demokratischer machen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen: Für Bayerns  
57 Zukunft im Herzen Europas.

## 58 **Erhalten, was uns erhält - Unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen**

59 Europa ist stark im Klima- und Naturschutz. Die drohende Klimakatastrophe, die  
60 Bedrohung lebenswichtiger Ressourcen und das dramatische Artensterben von Tieren  
61 und Pflanzen verlangen nach weltweiten und europäischen Antworten.

62 Bei vielen ökologischen Fragen schiebt die EU schon lange die Mitgliedstaaten  
63 an, wenn Regierungen sich ökologischen Zielen nicht ausreichend verpflichtet  
64 fühlen. So hat sie auch der Bundesregierung Nachhilfe zu ökologischen Fragen  
65 gegeben, beispielsweise mit der Nitratrichtlinie oder der Forderung nach  
66 höheren CO<sub>2</sub>-Grenzwerten. Dank eines ambitionierten Beschlusses des EU-  
67 Parlaments fallen die zulässigen **CO<sub>2</sub>-Grenzwerte** für Neuwagen deutlich  
68 klimaschonender aus, als die Pläne der Bundesregierung dies vorsahen. Die  
69 vorläufige Rettung des Hambacher Waldes war nur durch den Verweis auf die EU-  
70 Artenschutz-Richtlinie möglich.

71 Wir wollen die EU zum weltweiten **Vorreiter für Klimaschutz, Erneuerbare**  
72 **Energien und Energieeffizienz** machen. Dazu müssen bis 2030 45% von Europas  
73 Energie, die wir bei Strom, Wärme und Mobilität verbrauchen, erneuerbar sein,  
74 bis 2050 100%. Durch saubere Energiegewinnung schützen wir Klima und Umwelt,  
75 schaffen nachhaltige Jobs und werden unabhängig von Kohle, Öl und Gas. Aber  
76 vor allem: Nur so kann Europa seinen Beitrag leisten, die globale Erhitzung auf  
77 unter zwei Grad zu begrenzen und die Ziele des **Pariser Klimaabkommens**  
78 einzuhalten.

79 CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen einen Preis haben, der ihrer Klimaschädlichkeit  
80 entspricht. Deshalb fordern wir eine ergiebige **CO<sub>2</sub>-Steuer**. Die zusätzlichen  
81 Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung wollen wir an die Menschen in Europa

82 zurückgeben mittels eines **Energiegeldes** als Pro-Kopf-Zahlung. Ökologische  
83 Ziele sozial umsetzen – das ist für uns ein wichtiges Ziel. Damit gewinnen  
84 wir auch die einkommensschwächeren Bürger\*innen Europas für eine wirksame  
85 Politik zum Schutz der Lebensgrundlagen.

86 Die EU hat ein starkes Naturschutzrecht. Doch für den Erhalt der **Artenvielfalt**  
87 **und den Schutz der natürlichen Lebensräume genügt das nicht.** Um das  
88 Artensterben zu stoppen, braucht es eine europäische Agrarpolitik, die an  
89 ökologischen Kriterien ausgerichtet ist. Die bisherige Subventionspraxis in der  
90 Landwirtschaft kommt besonders den großen Betrieben zugute und bringt  
91 Umweltzerstörung, Höfesterben und Industrialisierung. Das wollen wir nicht in  
92 Bayern und nicht für Europa. Die Subventionierung des Insektensterbens mit  
93 europäischen Geldern muss beendet werden. Unser Ziel ist eine starke EU-Politik  
94 für ländliche Räume, Landwirtschaft, Lebensmittel und Umwelt. Dazu gehört  
95 ein Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden, womit wir auch Insekten und  
96 Vögel schützen. Außerdem stehen wir für eine konsequente Regulierung und  
97 Transparenz bei der Gentechnik. Patente auf Saatgut, Pflanzen und Tiere lehnen  
98 wir ab. Die Ökologisierung der **europäischen Landwirtschaftspolitik** bietet das  
99 größte Potenzial für Klimaschutz, Wasser-, Boden-, Tier- und Artenschutz.

100 Wir fordern eine umfassende europäische **Strategie** für den Zeitraum ab 2020 und  
101 ein Nachfolgeprogramm für das 7. Umweltaktionsprogramm. **Natura-2000 Gebiete**  
102 müssen verteidigt, verbessert und möglichst vergrößert werden.  
103 **Großschutzgebiete** müssen besser geschützt werden, ebenso wie National- und  
104 Naturparke und Biosphärenreservate. Wir wollen bis 2030 in der EU die  
105 **Wildnisflächen** verdoppeln.

106 Die EU hat sich kürzlich auf ein Verbot von Wegwerfprodukten aus **Plastik**  
107 geeinigt. Das ist ein guter Schritt von vielen notwendigen Maßnahmen gegen die  
108 Vermüllung unserer Erde durch Kunststoffe. Wichtig ist, bis 2030 unseren  
109 **Verpackungsmüll** in der EU um 50% reduzieren, um der immer weiter zunehmenden  
110 Plastikflut wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen. Wir fordern eine europäische  
111 **Plastiksteuer**, die in eine umfassende Strategie zur Einsparung und Vermeidung  
112 von Kunststoffen eingebettet sein soll. Auch bayerische Gewässer sind bereits  
113 nachweislich mit Mikroplastik belastet. Wir brauchen ein Verbot von **Mikroplastik**  
114 in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten. Außerdem wollen wir hohe und  
115 verbindliche Mehrwegquoten und ein EU-weites einheitliches Pfandsystem für  
116 Einweggetränkeflaschen einführen. Ab 2030 sollen zudem alle in der EU in den  
117 Verkehr gebrachten Kunststoffprodukte wiederverwendbar sein, komplett abbaubar  
118 sein oder kosteneffizient recycelt werden können.

119 Wir setzen auf eine **europäische Verkehrswende**, mit weniger, aber leiseren und  
120 sauberen Autos, auf mehr Fuß- und Radverkehr, bessere ÖPNV-Angebote, weniger  
121 Kurzstreckenflüge und vernetzte Mobilität. Wir benötigen ein besseres  
122 europäisches Schienennetz. Wir fordern, dass Europa **Weltmarktführer für**  
123 **saubere Mobilität** wird. Wir wollen weg vom fossilen Verbrennungsmotor und hin  
124 zu abgasfreien Antrieben, Hier liegt die Zukunft der bayerischen  
125 Automobilindustrie und nicht in Diesel- und Abgas-Tricksereien. Ab 2030 sollen  
126 nur noch abgasfreie Autos zugelassen werden. Wir fordern auch ein Ende der  
127 Steuerbefreiung von Kerosin.

128 Europa steht vor der Herausforderung, sein **Wirtschafts- und Finanzsystem** so  
129 umzugestalten, dass es **ressourcenschonend und ressourceneffizient** arbeitet. Dazu

130 müssen unter anderem die sozialen und ökologischen Kosten unserer Art zu  
131 wirtschaften und zu leben, transparent gemacht und in die Preise integriert  
132 werden. Wir wollen eine europäische **Kreislaufwirtschaft** fördern, **regionales**  
133 **Wirtschaften** und auch die **Gemeinwohlökonomie** stärken. Öffentliche Gelder  
134 sollen **für nachhaltige und ökologisch transparente Geldanlagen** (Divestment)  
135 verwendet werden. Für kleine und mittlere Unternehmen vor allem des Handwerks  
136 soll der Zugang zu EU-Förderprogrammen für energie- und ressourceneffiziente  
137 Produktion erleichtert werden.

138 Wir wollen die **Digitalisierung** und die Nutzung **Künstlicher Intelligenz**  
139 ökologisch und sozial gestalten - mit einer mutigen europäischen  
140 Innovationspolitik. Die Digitalisierung bietet beispielsweise große Chancen bei  
141 der Modernisierung der Energiewirtschaft, In ganz Europa ist Digitalisierung  
142 eine positive Gestaltungsaufgabe unter Berücksichtigung der  
143 Datensouveränität, aber auch des Datenschutzes der Bürger\*innen.

## 144 **Sichern und Stärken, was uns ausmacht: Freiheit, Demokratie und Menschenrechte**

145 Europa ist Vorreiterin bei der Gleichberechtigung. **Bürger- und Menschenrechte**  
146 sind vor europäischen Gerichten einklagbar. Europas Werte basieren auf  
147 Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Doch  
148 aktuell sehen wir mit großer Sorge das Erstarken rechtsnationaler und  
149 rechtsradikaler Kräfte in Europa. In Österreich gibt es offene Bemühungen  
150 gegen die Pressefreiheit, in Italien regieren Faschisten mit Antieuropäerinnen.  
151 Und in Polen, Rumänien und Ungarn untergraben die Regierungen Demokratie und  
152 Rechtsstaat. Wir nehmen mit Entsetzen wahr, wie die CSU Victor Orban als engen  
153 Freund hofiert - einen autoritären Politiker, der die Opposition mundtot macht,  
154 die Pressefreiheit mit Füßen tritt und die Spaltung der ungarischen  
155 Gesellschaft vorantreibt. Es ist beschämend, wenn fast alle CSU-  
156 Europaabgeordneten gegen die Aufnahme des im September 2018 vom EU-Parlament auf  
157 den Weg gebrachten Strafverfahrens gegen die ungarische Regierung wegen  
158 Verstößen gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien gestimmt haben.

159 Wir Grüne verteidigen die Werte Europas und stellen uns autoritären Kräften  
160 in der EU, in Deutschland und in Bayern entschieden entgegen. Wenn eine  
161 nationale Regierung europäische Grundwerte in Frage stellt, sollen die EU-  
162 Gelder an den Regierungen vorbei direkt an Kommunen, Regionen und  
163 zivilgesellschaftliche Organisationen vergeben werden können.

164 Europa bedeutet für uns **Humanität und Solidarität**. In Kenntnis unserer  
165 eigenen Geschichte bejahen wir ohne Wenn und Aber das Menschenrecht auf Asyl.  
166 Das Sterben der Flüchtlinge auf dem Mittelmeer kann uns nicht kalt lassen. Wir  
167 wollen legale Wege für Flucht und Einwanderung und ein Einwanderungsgesetz  
168 schaffen. Seenotrettung darf nicht kriminalisiert werden, dafür müssen auf  
169 europäischer Ebene politische Lösungen gefunden werden. Wir brauchen einen  
170 gerechten Verteilungsschlüssel von Geflüchteten unter den Mitgliedstaaten. Und  
171 wir brauchen neben funktionierender humanitärer Hilfe und der Unterstützung  
172 der unzähligen Ehrenamtlichen, die jeden Tag viel für Integration tun, eine  
173 Bekämpfung von Flüchtlingsursachen.

174 Immer noch haben **Frauen** durchschnittlich weniger Geld und weniger Macht als  
175 Männer. Sie werden für **gleichwertige Tätigkeiten** schlechter bezahlt als ihre  
176 männlichen Kollegen - auch, weil viele Frauen in Berufen arbeiten, die

177 finanziell zu gering entlohnt werden. Um das zu ändern, fordern wir eine  
178 europaweite Richtlinie, die Kriterien für die Vergleichbarkeit von Tätigkeiten  
179 festlegt und Transparenz über Löhne und Gehälter für alle schafft. Erstmals  
180 gibt es für den europäischen Raum ein völkerrechtlich bindendes Instrument  
181 zur umfassenden Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen: die Istanbul-Konvention.  
182 Wir setzen uns nun dafür ein, dass diese wichtige Vereinbarung konsequent in  
183 den EU-Staaten umgesetzt und eingehalten wird. Dafür fordern wir eine  
184 **Richtlinie gegen Gewalt an Frauen**, die konkrete Ziele vorgibt, damit Frauen und  
185 Mädchen besser geschützt werden, Verletzungen sanktioniert und vor dem  
186 Europäischen Gerichtshof eingeklagt werden können. Die EU sollte bestehende  
187 Förderprogramme für Hilfs- und Beratungsangebote aufstocken.

188 Europas **Demokratie lebt vom Dialog**. Wir vertiefen den Dialog mit den pro-  
189 europäischen Bürgerbewegungen, denn wir wollen ein bürger\*innennahes Europa  
190 und keines, das in einem Elfenbeinturm Entscheidungen fern von den Menschen  
191 trifft. Darum wollen wir die Europäischen Entscheidungsprozesse weiter  
192 demokratisieren und das Instrument der **Europäischen Bürgerinitiative** stärken.  
193 Das direkt von den Bürger\*innen demokratisch legitimierte EU-Parlament soll  
194 endlich ein Gesetzesinitiativrecht bekommen. Mit **mehr Transparenz** wollen wir das  
195 Vertrauen in europapolitische Entscheidungsprozesse erhöhen. Dazu braucht es  
196 verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen. Wir wollen, dass Europa  
197 den Menschen zuhört und die Menschen in der EU eine Partnerin im Einsatz für  
198 ihre Rechte haben. Wir Grüne stärken die **soziale Säule der EU**, setzen uns  
199 für existenzsichernde **Mindestlöhne** im europäischen Rahmen ein und verstärken  
200 die Unterstützung von Jugendlichen und ihrer Ausbildung im Kampf gegen die  
201 Jugendarbeitslosigkeit.

202 Mehr Offenheit, mehr Transparenz, mehr Beteiligung – nur so wird die EU nicht  
203 nur einen Platz in den Köpfen, sondern auch in den Herzen der Menschen finden.

## 204 **Finanzieren, was es uns wert ist**

205 Wir in Europa profitieren vom gemeinsamen Binnenmarkt und Klimaschutz, vom  
206 Frieden und der Solidarität. Alleine für die Entwicklung des ländlichen Raums  
207 (ELER) erhält Bayern in der laufenden Förderperiode von der EU rund 1,5  
208 Milliarden Euro und rund 700 Millionen Euro aus dem Fonds für regionale  
209 Entwicklung (EFRE). Davon sind insgesamt knapp 200 Millionen Euro für die  
210 Europäische Territoriale Zusammenarbeit bestimmt (INTERREG V). Wir wollen  
211 **Europa ökologischer und sozialer machen**. Wir wollen es dort stärken, wo  
212 Nationalstaaten alleine überfordert sind die Zukunft zu gewinnen. Die  
213 Gestaltung des neuen mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bietet die Chance, das zu  
214 tun.

215 Die EU soll zugunsten einer soliden Finanzierung europäischer  
216 Gemeinschaftsgüter eigene Steuern und Abgaben generieren können. Wir tun etwas  
217 gegen die Steuerflucht der großen Digitalkonzerne von Amazon bis Facebook, wenn  
218 wir eine am Umsatz orientierte **europäische Digitalsteuer** einführen. **Steuern**  
219 **auf CO<sub>2</sub> und Plastik** tragen zur Umsetzung ökologischer Ziele bei und eine Steuer  
220 auf spekulativen Handel via **Finanztransaktionssteuer** beteiligt Spekulanten  
221 gerecht an der Finanzierung des europäischen Gemeinwesens.

222 **Steuersümpfe austrocknen** und der **Steuervermeidung internationaler Unternehmen**  
223 wie Starbucks das Handwerk legen. Die EU-Kommission hat – gerade unter dem

224 Druck von uns Grünen – endlich damit begonnen, individuelle Absprachen  
225 zwischen Mitgliedstaaten und Großunternehmen als illegale staatliche Beihilfen  
226 zu verfolgen und auch zu ahnden. Das geht in die richtige Richtung. Aber das  
227 reicht nicht: Wir wollen das europäische Wettbewerbsrecht so weiterentwickeln,  
228 dass es zur scharfen Waffe wird, mit der die EU-Kommission den zerstörerischen  
229 Steuerwettbewerb auf Kosten der anderen Mitgliedstaaten bekämpfen kann.

## 230 **Gemeinsam Lösungen vor Ort finden: Europa der Kommunen und Regionen**

231 Friedliches Zusammenleben gründet auf der Bereitschaft andere zu verstehen,  
232 andere Sichtweisen kennenzulernen und die eigene zu überprüfen. Unser Europa  
233 denkt das „Zusammen“ und setzt nicht auf das Trennende. Unser Europa  
234 schlägt Brücken durch ein friedliches, **grenzüberschreitendes Zusammenleben**  
235 von Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten.

236 Wir wollen, dass so viele Entscheidungen wie möglich im Einklang mit dem  
237 **Subsidiaritätsprinzip** auf kommunaler Ebene getroffen werden. Und die EU kann  
238 dabei gut unterstützen, wo Kommunen an Grenzen stoßen. Das Beste erreichen  
239 für die bayerischen Bürger\*innen - Hand in Hand, auf kommunaler und  
240 Europaebene.

241 Beim europäischen Gesetzgebungsverfahren und der Entwicklung von  
242 Förderprogrammen sollen **Kommunen, Regionen und Nichtregierungsorganisationen**  
243 **ein gesichertes Mitspracherecht** in Form von Konsultationen, Anhörungen und  
244 Feedbacks erhalten. Der Vorteil hiervon liegt auf der Hand: Damit wird ihre  
245 Expertise in europäische Entscheidungsprozesse eingebunden und Entscheidungen  
246 auch von denjenigen mitgestaltet, die davon betroffen sind.

## 247 **Daseinsvorsorge sichern**

248 **Alle Bereiche der Öffentlichen Daseinsvorsorge** müssen vor **Deregulierung und**  
249 **Privatisierung** geschützt werden. Der europäische Binnenmarkt mit seinen  
250 Wettbewerbsregeln ist eine wichtige Errungenschaft, es darf aber dadurch nicht  
251 die Grundversorgung der Bürger\*innen gefährdet werden. Deshalb dürfen  
252 Kommunen nicht zur Privatisierung öffentlicher Güter gezwungen werden, ein  
253 funktionierendes lokales Wassernetz beispielsweise nicht zum Spekulationsobjekt  
254 für internationale Unternehmen werden - auch nicht durch die Hintertür  
255 internationaler Handelsabkommen. Nach heftigem Widerstand der europäischen  
256 Bürgerschaft wurden die ursprünglichen Pläne der EU-Kommission, die  
257 **Trinkwasserversorgung** der Konzessionsrichtlinie zu unterwerfen, wieder  
258 aufgegeben. Dieser Erfolg zeigt, wie stark die Europäische Zivilgesellschaft  
259 sein kann und wie wichtig die Zusammenarbeit aller politischen Ebenen ist.

260 Daseinsvorsorge, das heißt auch bezahlbarer Wohnraum in den Städten. Bisher  
261 begrenzt die EU die Möglichkeiten Sozialwohnungen zu fördern. Wir wollen, dass  
262 Europa den Sozialen Wohnungsbau stärkt und dafür Mittel des Struktur- und  
263 Investitionsfonds bereitstellt.

264 Energie- und Klimapolitik soll nicht nur Sache von finanzstarken Investoren und  
265 Großunternehmen sein, sondern die von Bürger\*innen, Kommunen und Regionen: Wir  
266 wollen, dass die **Energieerzeugung verstärkt in Bürgerhand** kommt. Davon

267 profitieren alle.

268 Wir wollen, dass auch die Verantwortung für den **ÖPNV** bei den Städten und  
269 Kommunen liegt, ganz im Sinne einer nachhaltigen, umfassenden  
270 Mobilitätsstrategie, die regionale Komponenten adäquat berücksichtigt. Die EU  
271 kann dabei konstruktiv unterstützen, indem sie Regeln für Transparenz und  
272 fairen Wettbewerb bei Großprojekten ausbuchstabiert.

## 273 **Zusammenleben über Grenzen hinweg**

274 Wir wollen die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** auf regionaler und  
275 kommunaler Ebene beleben. Städtepartnerschaften, Erasmus +, Europa für  
276 Bürgerinnen und Bürger, Kreatives Europa und der Europäische Sozialfonds für  
277 die Begegnung europäischer Bürger\*innen unterstützen den europäischen  
278 Gemeinschaftsgedanken und das „Wir“-Gefühl.

279 Bayern arbeitet bei grenzüberschreitenden Europaregionen mit, wie bei der  
280 **Euregio** Bayerischer Wald-Böhmerwald-Unterer Inn e.V. Deren gesellschaftliche,  
281 kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit baut Schranken ab und stärkt  
282 Vertrauen. Wir wollen dafür sorgen, dass ein solches Engagement nicht durch  
283 bürokratische Hürden bei der Beantragung von Finanzmitteln ausgebremst wird.  
284 Die **europäische territoriale Zusammenarbeit** wird durch die **INTERREG**-Programme  
285 der EU gefördert. Seit mehr als 20 Jahren werden damit grenzüberschreitende  
286 Kooperationen zwischen Regionen und Städten unterstützt. Bayern ist derzeit  
287 beispielsweise an drei INTERREG V A –Programmen beteiligt. Konkret heißt das:  
288 Kommunen, Unternehmen, Behörden, Universitäten und Verbände aus Bayern  
289 können die Zusammenarbeit mit Partnern über ganz Europa über Grenzen hinweg  
290 gefördert bekommen. Wir wollen, dass die INTERREG-Programme erhalten und  
291 erweitert werden.

## 292 **Fördermittel neu ausrichten**

293 Viele Gebäude oder Projekte werden von EU-Haushaltsmitteln gefördert, auch in  
294 Bayern. Ein Drittel des EU-Haushaltes fließt in Förderprogramme, die regionale  
295 und lokale Projekte unterstützen, auch vor Ort bei uns. Die EU-Mittel der  
296 **Struktur- und Kohäsionsfonds stärken ländliche Räume**, sie geben damit auch  
297 kleineren Landwirtschaftsbetrieben eine Chance und tragen die Naherholung,  
298 Industrie- und Dienstleistungsregionen vor Ort mit. Damit bremsen sie die  
299 Landflucht, weil sie jungen Menschen die Chance geben, am Heimatort einen  
300 qualifizierten Arbeitsplatz zu erhalten bleiben und Älteren ein attraktiveres  
301 Lebensumfeld bieten. Wir wollen den Kommunen einen einfachen, direkten **Zugang zu**  
302 **EU-Fördermitteln** ohne immensen Verwaltungsaufwand ermöglichen, damit die  
303 Antragstellung gerade für kleinere Projekte unkomplizierter wird. Und wir  
304 fordern eine **Vergabe von Fördermitteln, die sich an ökologischen Zielen**  
305 **orientiert, Armut bekämpft und den sozialen Zusammenhalt** stärkt.

## 306 **Starke Grüne in einem ökologischen und sozialen Europa**

307 Wir Grüne setzen uns mit ganzer Kraft für Europa ein – ohne Schlingerkurs,  
308 ohne Wenn und Aber. Europa ist unser großes Friedensprojekt. Jede Stimme für  
309 Grün bei den Europawahlen ist eine Stimme gegen autoritäre Tendenzen, gegen

310 Fremdenfeindlichkeit und gegen Antisemitismus in Europa. Wir stehen ein für  
311 Menschenrechte und für Solidarität - denn Europa gründet sich auf die Werte  
312 der Humanität. Wir treten ein für Rechtsstaat und Demokratie.

313 Frieden und Menschenrechte, Ökologie und sozialer Zusammenhalt. Für ein  
314 Europäisches Parlament mit starken Grünen als der treibenden Kraft einer pro-  
315 europäischen und sozial-ökologischen Mehrheit. Dafür werden wir auf allen  
316 politischen Ebenen kämpfen.

## **Begründung**

Mündlich